

Pressemitteilung

Stoppt der Feinstaub an der Rheingrenze?

Bündnis fordert Luft-Belastungsstudie nach hessischem Vorbild auch für Rheinland-Pfalz

Mainz / Wiesbaden, 06.05.2010: Eine wichtige Grundlage zur Bewertung neuer Großprojekte, deren Fehlen die Kraftwerksgegner im Genehmigungsverfahren der KMW mehrfach bemängelt haben, liegt nun wenigstens zum Teil vor: Das Freiburger IVU-Umweltinstitut erstellte am 19.11.2009 im Auftrag des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie eine "Ursachenanalyse für den Luftreinhalteplan Rhein Main" (*1).

Der 2. Vorsitzende des Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden, Dr. Meinrad v. Engelberg, begrüßt dieses bisher fehlende Fachgutachten: "Wir haben immer gefordert, dass die Emissionen eines einzelnen Antragstellers, z.B. des geplanten KMW-Kohlekraftwerks, nicht isoliert von der bereits vorhandenen Vorbelastung betrachtet werden dürfen, denn über reale Gesundheitsrisiken entscheidet letztlich die Summe der Luftschadstoffe, die insgesamt in der Region zu verzeichnen sind. Dann könnte ggf. jede zusätzliche Emission, die in unbelasteten Reinluftgebieten als "Irrelevant" zu bewerten wäre, jener Tropfen sein, der das Fass der Gesundheitsvorsorge zum Überlaufen bringt."

Das Gutachten berechnet die Belastung durch die Luftschadstoffe Feinstaub und Stickoxide und deren Ursachen in der gesamten Rhein-Main-Region einschließlich der angrenzenden Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz. Die Ergebnisse sind auch für den Raum Mainz-Wiesbaden alarmierend: In beiden Städten werden die Grenzwerte für Stickoxide und Feinstäube deutlich überschritten.

Zudem zeigt das Gutachten auf, in welchem Umfang gerade auch industrielle Anlagen und hierbei insbesondere Kraftwerke für die Luftschadstoffbelastung verantwortlich sind. So verursacht die Industrie in der Rhein-Main-Region beim Feinstaub im Mittel eine Belastung von 0,6 µg pro cbm Luft. Dies sind etwa 4% der jeweiligen Feinstaubbelastung. Im Raum Mainz-Wiesbaden steigt dieser Anteil mit über 20% sehr deutlich an. Hier werden bis zu 6 µg Feinstaub pro m³ Luft durch die Industrie verursacht. Der Raum Mainz-Wiesbaden ist neben dem Bereich Hanau/Großkrotzenburg mit dem schon vorhandenen Kohlekraftwerk Staudinger und dem Bereich Limburg eine durch Industrie stärker vorbelasteter Raum mit Feinstaub als das sonstige Rhein-Main-Gebiet. Jede neue Anlage und insbesondere ein gewaltiges Kohlekraftwerk würde diese Situation weiter verschärfen. Der Raum Mainz-Wiesbaden darf nicht mit weiteren Luftschadstoffen belastet werden, vielmehr ist eine Verbesserung der Luftqualität zu erreichen. Es sollten daher keine weiteren belastenden Industrieanlagen gebaut werden und durch geeignete Maßnahmen wie eine Umweltzone für Mainz und Wiesbaden ist eine Verbesserung der Luftqualität zu erreichen.

Engelberg abschließend: "Eine wichtige Vorstufe hierfür wäre eine Studie auf gleich guter Datenbasis mit dem Fokus auf Mainz und Rheinland Pfalz. Diese liegt aber bisher noch nicht vor. Was das Bündnis geschafft hat, nämlich die ganze Region zu vereinen, sollte doch auch den Umweltbehörden beider Rheinseiten möglich sein: Energiepolitik und Umweltschutz muss heute global gedacht werden, aber Luftreinhaltung hört scheinbar immer noch an der Stadtgrenze auf!"

*1 HLUG-Studie:

http://www.hlug.de/medien/luft/planung/dokumente/ursachenanalyse_rhein_main.b90.pdf